

Garrelt Duin
Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



Berlin, 08. April 2011

www.garreltduin.de

Ausgabe 4 / 2011 |

Energiewende: Strom muss auch bezahlbar bleiben

SPD legt Wert auf Bezahlbarkeit des Stroms für Privathaushalte und Wirtschaft / Arbeit und Energie sind für SPD untrennbar

In der Energiepolitik schlägt jetzt die Stunde der Wahrheit. Den wohlklingenden Worten über die Energiewende müssen die Taten folgen. Die Bundestagsfraktion der SPD arbeitet deshalb an einem umfassenden Energiekonzept, das demnächst vorgestellt werden soll. Dabei geht es um die Minderung von Umwelt- und Klimaschäden, um eine verlässliche Versorgung und um die Bezahlbarkeit.

„Strom muss für die Menschen, für Handel, Gewerbe und Industrie bezahlbar bleiben. Das ist für Sozialdemokraten kein Randthema“, sagt Garrelt Duin.

Das machte Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher, gemeinsam mit Fraktionsvize Hubertus Heil und Rolf Hempelmann, energiepolitischer Sprecher, vor Vertretern der Energiewirtschaft in Berlin deutlich.

Energie und Arbeit nennt die SPD in einem Atemzug. Deutschland muss auch im Zeitalter erneuerbarer Energien ein attraktiver Industriestandort bleiben, auch für die energieintensiven Industrien wie Chemie, Stahl, Aluminium, Zement oder Gießerei dürfen. Selbst Rechenzentren schlucken viel Strom. Allein diese

Tatsachen verbieten es, alte und neue Industrien gegeneinander auszuspielen. Duin: „Wir brauchen alle.“

Die Sozialdemokraten sprechen sich für eine schleunige Energiewende aus und wollen die Formen erneuerbarer Stromherstellung fördern. Mit Stilllegung von sieben Atommeilern sind sieben bis acht Prozent der Stromerzeugung vom Netz genommen worden. Je mehr Atomkraftwerke

ruhen, desto wichtiger ist es, für eine Übergangszeit die Grundlast zu sichern mit schnell regel-fähigen Gaskraftwerken und verstärkter Kraft-Wärme-Kopplung bei Kohle. Eine bedeutende Rolle wird auch die Energieeffizienz spielen. Massiv Strom sparen lässt sich bei der Gebäudesanierung - übrigens bedeutend mehr als bei Autos.

Die Stromversorger brauchen schnell Planungs- und Rechtssi-

cherheit, damit sie in erneuerbare Energien und Netze investieren können. Duin: „Es darf nicht eintreten, dass wir dauerhaft Strom importieren müssen.“

Die SPD strebt einen Stromkonsens unter den Parteien an, auch um die Akzeptanz der Menschen zu stärken, wenn es um konventionelle Kraftwerke, Netzausbau und Finanzierung der Energiewende geht. Duin: „Der Rahmen muss abgesteckt werden.“

Friedrich-Ebert-Stiftung auch kommunal



Chef der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist seit kurzem der frühere Verteidigungsminister und Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag, Dr. Peter Struck aus Uelzen. In einer Diskussion mit SPD-Abgeordneten unter Leitung von Garrelt Duin sagte Struck, ein Schwerpunkt der FES werde sein, die Frage kompetent zu beantworten, ob Strom wirklich so teuer werde, wie es die Konzerne behaupten. Struck ermunterte die SPD, auch kommunal die Arbeit der FES in Anspruch zu nehmen.

„Zukunftsgespräch“ in historischem Ambiente

Im Schloss Dornum ging es um die „Zukunft der Meere“ / Zahlreiche Fragen und Anregungen zur Energiepolitik

Die „Zukunftsgespräche“, zu der Garrelt Duin und die SPD bereits zum dritten Mal eingeladen haben, erweisen sich als Erfolg. Sie sind eine Plattform für Sozialdemokraten und Bürger, miteinander ins Gespräch zu kommen. Diesmal ging es im Dornumer Schloss um die „Zukunft der Meere“. Der Europaabgeordnete Matthias Groote, Baudirektorin Ute Schlautmann, beim NLWKN zuständig für die Rahmenrichtlinie der EU-Meerestrategie, und Landrat Walter Theuerkauf als Beirats-Vorsitzer des Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer, diskutierten auf dem Podium und beantworteten Fragen des Publikums. Energiefragen spielten eine große Rolle.



Die Altvorderen an den Wänden des Schlosses in Dornum waren Zeuge einer Diskussion über die „Zukunft der Meere“. Rund 80 Gäste waren gekommen, unter ihnen mehrere jugendliche Teilnehmer. Erwin Wenzel, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, würdigte die wertvollen Beiträge.

Ministerin speist Kommunen mit warmen Worten ab

Rechtsanspruch auf Kita-Platz für alle Kinder ab eins gerät in Gefahr / Regierung wird das Ziel vermutlich verfehlen

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, CDU, versucht, sich beim Ausbau von Kindertagesstätten aus der Verantwortung zu stehlen. Während einer Fachtagung des Ministeriums in Berlin mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund in Berlin schob sie auffällig den Kommunen die Verantwortung in die Schuhe. Ab

2013 haben alle Kinder ab eins einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz. Städte und Gemeinden müssen das Gesetz zwar umsetzen, aber der Bund muss dafür Geld bereitstellen.

Manuela Schwesig, stellvertretende Vorsitzerin der SPD und Ministerin für Soziales und Gesundheit in Mecklenburg-Vorpommern, legt den Finger in

die Wunde: „Frau Schröder speist die Kommunen mit warmen Worten ab und riskiert damit das wichtigste familienpolitische Projekt dieser Legislaturperiode.“ Die meisten Kommunen sind von der angestrebten Betreuungsquote von 35 Prozent noch weit entfernt. Sie schlagen deshalb Alarm, weil sie befürchten, den tatsächlichen Bedarf ab 2013 nicht decken zu können.

Auch über die Qualität von Kitas verliert die Ministerin kein Wort.

Garrelt Duin: „Frau Schröder muss Bund, Länder und Kommunen an einen Tisch holen, eine aktuelle Bedarfsprognose erstellen und dann in einem Nationalen Bildungspaket die Mittel des Bundes entsprechend aufstocken. Der Bund steht in der Pflicht.“

Frauen gleich entlohnen

SPD: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die SPD-Bundestagsfraktion stellt die Regierung auf den Prüfstand: In einem Gesetzentwurf fordert sie, dass Männer und Frauen für gleiche Arbeit gleich bezahlt werden. Bisher werden Männer für gleiche Arbeit deutlich besser bezahlt als Frauen. Der Unter-

schied beträgt im Durchschnitt 23 Prozent. Freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft haben versagt. Deshalb ist der Staat gefordert. Garrelt Duin: „Die Sache ist klar. Niemand darf wegen seines Geschlechts benachteiligt werden.“

Prekäre Jobs beenden

Frühjahrgutachten / Leiharbeit nimmt stark zu

Die Bundesregierung muss die erfreuliche Lage der Wirtschaft nutzen, mit den prekären Arbeitsverhältnissen aufzuräumen. Das ist die politische Botschaft der Wirtschaftsforscher in ihrem Frühjahrgutachten an Kanzlerin Merkel. Die starke Zunahme der

sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ruht zu großen Teilen auf mehr Leiharbeit. Leiharbeit macht knapp die Hälfte des Zuwachses aus. Garrelt Duin: „Die arbeitenden Menschen in Deutschland verdienen unbefristete Arbeitsverträge.“

Regierung lässt Maritime Wirtschaft links liegen

Maritime Wirtschaft: Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion / Reeder und Schiffbauer fühlen sich im Stich gelassen



„Flagge zeigen für die Maritime Wirtschaft“ lautet das SPD-Motto.

Garrelt Duin (rechts), wirtschaftspolitischer Sprecher, als Gastgeber mit Erwin Heinks, Betriebsratsvorsitzer der SIAG Emden, Thomas Gelder, Betriebsratsvorsitzer Meyer-Werft, und SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier.

Die Maritime Wirtschaft ist ein Wachstumsmarkt. Dennoch lässt die Bundesregierung sie links liegen. Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass die stolze Zahl von 170 Gästen an einer Tagung der SPD im Reichstag

teilnehmen, zu der Garrelt Duin als wirtschaftspolitischer und Uwe Beckmeyer als verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion eingeladen hatten. Fachleute der Branche referierten und diskutierten auf hohem Niveau mit den

Teilnehmern. Die SPD fordert die Regierung in einem umfangreichen Antrag auf, die Zukunftsfähigkeit der Maritimen Wirtschaft zu sichern. Der Frust der Branche über Merkel & Co. ist groß. Garrelt Duin: „Wir müssen das

Bündnis wiederbeleben, Offshore-Energie stärker in den Mittelpunkt rücken und das Offshore-Programm für den Schiffbau öffnen. Außerdem: Hände weg von der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung.“



170 Vertreter der Maritimen Wirtschaft kamen in den Reichstag zu einer Konferenz. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier begrüßte die Gäste.

Gute Stimmung bei Vanessa Kallies vom Niederländischen Generalkonsulat in Hamburg, und Andreas Schaefer, Sprecher der Leeraner Reeder.



Blick aufs Podium zum Thema „Maritime Industrie - Wachstumsmarkt für Deutschland“: v.l. Friedrich Lürssen (Lürssen-Werft), MdB Uwe Beckmeyer, Bremen, Ernst-August Kiel, Betriebsratsvorsitzer Howaldtswerke Deutsche Werft, MdB Garrelt Duin, Werner Weimann, Vorstandssprecher Deutsche Schiffsbank.

Zweite Chance verdient

Regierung kürzt Mittel für Ausbildung von Jobsuchenden

Ohne Ausbildung gibt es kaum Arbeit. Deshalb müssen Jobsuchende, die eine Lehre nachholen wollen, gezielt gefördert werden. Das schlägt der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) vor. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt dies.

In der Praxis kann es so aussehen: Bei Teilnahme an einer Qualifizierungsmaßnahme erhalten Arbeitslose neben dem Arbeitslosengeld eine pauschale Aufwandschädigung von zehn Prozent - oder alternativ eine Abschlussprämie, wenn sie den Facharbeiterbrief erlangt haben.

Es mangelt bereits an Fachkräften. Deshalb ist nicht nur von Arbeitslosen und Betrieben, sondern auch vom Staat besonderes

Engagement nötig. Garrelt Duin: „Jeder, der es als junger Mensch nicht geschafft hat, verdient eine zweite Chance, um eine Berufsausbildung abzuschließen. Auch wer einen Hauptschulabschluss nachholt, verdient Hilfe.“

Die Bundesregierung hat im Haushalt 2011 die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktförderung halbiert - und damit auch für Qualifizierungsmaßnahmen. Besonders Arbeitslose werden die Wirkungen spüren. Die SPD plädiert, die Kürzungen zurückzunehmen. Schließlich geht es vor allem darum, Menschen aus ärmeren Schichten eine Ausbildung zu ermöglichen.

Arbeitsministerin von der Leyen, CDU, spielt bei den Haushaltskürzungen die führende Rolle.

Nicht abgestimmt

Schäuble lässt Fragen zur Finanzkrise teils unbeantwortet

Die Bundesregierung wird eine Finanztransaktionssteuer bei der EU in Brüssel nicht fordern. Diesen Schluss lassen Aussagen von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zu. Der CDU-Politiker sprach als Gast vor dem Bundestagsausschuss für Wirtschaft und Technologie. Das Thema sei in der Bundesregierung nicht abgestimmt, sagte Schäuble. Im Klartext bedeutet das: Die FDP will es nicht.

Schäuble deutete an, sich persönlich mit einer Transaktionssteuer in der Euro-Zone anfreunden zu können. Er fügte jedoch hinzu, dass die EU-Kommission starke Vorbehalte habe. Eine Transaktionssteuer gilt für Aktien- und andere Finanzgeschäfte. Sinn ist, Auswüchse des Finanzmarktes erschweren, die zu der

großen Finanz- und Wirtschaftskrise geführt haben.

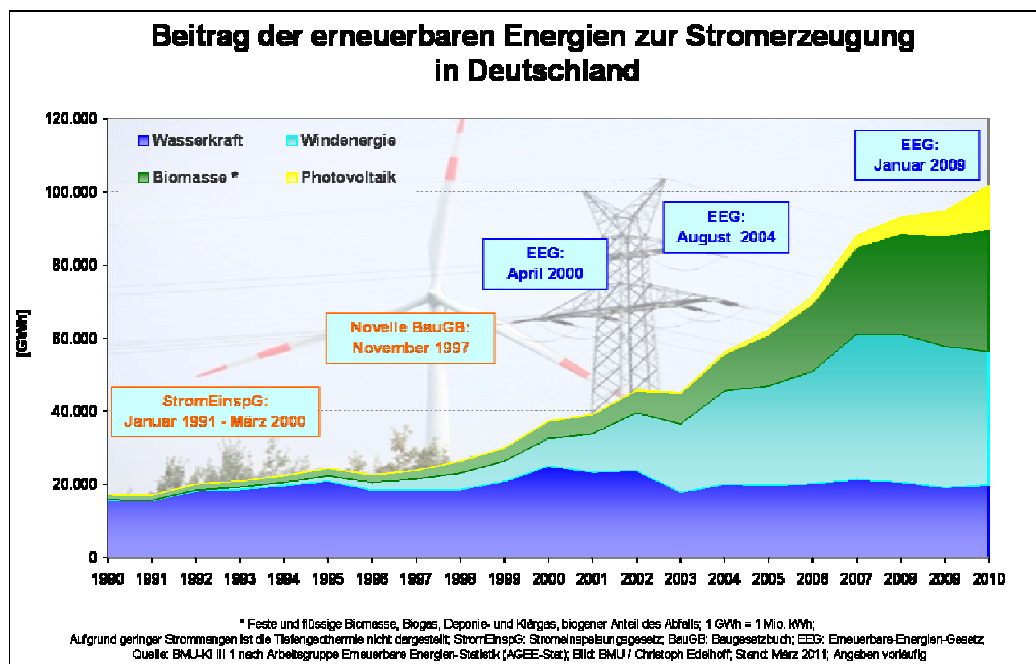
Garrelt Duin, Obmann der SPD-Abgeordneten im Ausschuss, hielt Schäuble in der Griechenland-Frage einen Unterschied zwischen eigener Erkenntnis und dem vor, was er dem Volk zumuten wolle. Auf Duins Frage, ob mit einer Umschuldung Griechenlands zu rechnen sei und was dann auf Deutschland zukommen, blieb Schäuble eine Antwort schuldig. Duin mahnte an, Ländern wie Griechenland und Portugal eine Perspektive für reales Wachstum zu geben: „Ein reines Spardiktat ist keine vernünftige Strategie.“ In der Irland-Krise stimmte Schäuble zu, niedrige Körperschaftssteuern seien neben dem übergroßen Finanzmarkt Hauptgründe der Misere.

Energie: Merkel verdreht Tatsachen

Kanzlerin Merkel behauptet, Schwarz-Gelb habe das erste langfristige Energiekonzept vorgelegt. Eine dreiste Verdrehung der Tatsachen. Tatsache ist: Atomausstieg und Energiewende wurden unter SPD-Führung an-

gestoßen. Mit Erfolg. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums lag der Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2010 bei 16,8 Prozent. Außerdem sorgten erneuerbare Energien laut BMU dafür, dass

2010 rund 120 Tonne klimaschädlicher Treibhausgase vermieden wurden. Garrelt Duin: „Für uns Ostfriesen auch wichtig: Die SPD hat dafür gesorgt, dass die neuen Hauptleitungen unter der Erde verlegt werden.“



Spruch der Woche

„Reeder waren selten so verlassen wie von dieser Bundesregierung.“

Thorsten Mackenthun vom Verband Bremer Reeder bei einer Fachtagung der SPD in Berlin

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 - 70145
Fax: 030 - 227 - 76445
garrelt.duin@bundestag.de
www.garreltduin.de